

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

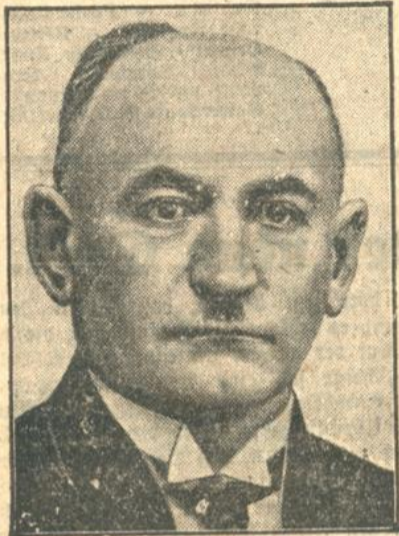
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

20 (13.1.1931) Abendausgabe

ungeheureren Schulden. Das sind Tatsachen, die für jede deutsche Regierung gelten. Es wäre sehr verhängnisvoll, das Volk darüber durch Illusionen zu täuschen. Denn der neue Geist, den Deutschland braucht, darf kein Flammenfeuer der Begeisterung sein, das schnell erlischt, sondern ein eiserner, zäher Wille, der die ungeheueren Schwierigkeiten des innerdeutschen Wiederaufbaues und der Wiedererlangung der Freiheit nach außen überwindet.

Neuer Präsident des Memeler Direktoriats



wurde der Direktor der Landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgenossenschaft in Memel, Otto Boettcher. Der neue Landespräsident ist bisher politisch noch nicht hervorgetreten, steht jedoch den Mehrheitsparteien nahe.

Polen in der Sackgasse. Ein lahmer Rechtfertigungsversuch.

II. Warschau, 13. Jan. Die polnische Presse veröffentlicht heute den Inhalt der polnischen Antwortnote auf die deutschen Beschwernoten an den Völkerbund. Die polnische Note besteht aus vier Teilen. Im ersten Teil wird nachzuweisen versucht, daß die Aktion der Reichsregierung den in Minderheiten-Fragen zulässigen Rahmen überschritten habe und daß die deutsche Note den Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion trage. Was Verhalten der Reichsregierung habe die leidenschaftliche Kampagne der deutschen Presse und öffentlichen Meinung, die sich auf erdichtete und übertriebene Tatsachen stütze, verklärt.

Der zweite Teil der Note geht auf die Vorwürfe wegen des Wahlverzugs in Oberschlesien ein. Es wird versucht, diese Vorwürfe an Hand von Material zu widerlegen. Die tiefsten Ursachen einer gewissen Erregung der Geister in Oberschlesien während der Wahlzeit seien in der Reaktion zu suchen, die in der polnischen öffentlichen Meinung durch den Terror gegen die durch keine Minderheitenverträge geschützte polnische Minderheit in Deutschland und durch die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat als Ganzes ausgelöst worden sei. Dies habe in der polnischen Öffentlichkeit Unruhe hervorgerufen und die deutsche Minderheit gehindert, dem polnischen Staat gegenüber ein logisches Verhältnis zu finden.

Im dritten Teil wird der Versuch gemacht, Beweise zu erbringen, daß die Vorfälle während der Wahlzeit in Oberschlesien im Rahmen von Wahlschwierigkeiten zu sehen sind, die eine Folge der Parteikämpfe darstellen, nicht überschritten hätten. Diese Zwischenfälle könnten nicht mit Wahlschwierigkeiten in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland, verglichen werden, wo die Erziehung der polnischen Minderheiten größeren Umfang angenommen und eine Anzahl von Opfern an Toten und Verwundeten nach sich gezogen habe.

Zum Schluß gibt die polnische Regierung dem Völkerbundsrat die Anordnungen der lokalen und Zentralbehörden bekannt, die im Zusammenhang mit den Wahlschwierigkeiten in Oberschlesien verfaßt worden seien. Die polnische Note — so heißt es endlich — stütze sich auf ein umfangreiches Beweismaterial, das in zehn Anhängen zusammengestellt ist.

Wie man sieht, verlegt sich die polnische Verteidigung, wie vorausgesehen war, auch diesmal wieder darauf, die berechtigten deutschen Beschwerden als eine verkappte „große politische Aktion“ gegen Polen in den Augen der Welt zu diskreditieren, da naturgemäß das von ihr mühselig zusammengebaute Tatsachenmaterial als Gegenbeweis völlig unzulänglich ist. Sehr bezeichnend ist auch der Versuch, die Schuld an den Wahlschwierigkeiten ein'ach auf den Gegner abzumägen und die Missetaten der eigenen Landesleute durch eine „wohlbegründete erhobte Stimmung“ zu begründen.

Die polnische Presse zum Neuhöfener und Nikolaitzer Urteil.

II. Warschau, 13. Jan. Die Urteile sowohl im Neuhöfener als auch im Nikolaitzer Prozeß wird von der polnischen Presse allgemein als Herausforderung bezeichnet. Der regierungsfreundliche „Gyrex Poranny“ versteht keine diesbezügliche Meldung aus Berlin mit der Überschrift: „Zwei Verbrechen der preussischen Gerechtigkeit.“ Auffallend ist jedoch, daß sich die polnischen Blätter hierbei jeglicher Meinungsäußerungen enthalten und ihrer Unterstützung lediglich in gefälligen Ueberschriften Luft machen.

Werkflucht der russischen Arbeiter.

R. Moskau, 12. Jan. (Eigener Drahtbericht der „Rad. Presse“.) Nach Genehmigung des Wirtschaftspalanes und des Budgets für 1931 verhandelte der „Zit“ (das Zentralerwaltungskomitee) über den Bericht des Arbeitskommissars. Als Hauptnotstand seines Ressorts wurde die fortwährende abnorme Werkflucht und die Fluktuation der Arbeiterschaft bezeichnet. Die Arbeiterschaft ist heute derart unbeständig und das Verlassen soeben angestretener Arbeitsstätten derart häufig, daß viele Betriebe Arbeitskräfte hamstern. Es wurden bis zu 45 Prozent mehr Arbeiter angefordert, als der Betrieb tatsächlich benötigte, nur um sich gegen die Arbeitsflucht zu sichern. Als Ursache dieser Katastrophe bezeichnet man die Delegierten nicht nur Mängel in der Arbeitsdisziplin, sondern auch die unzureichende Fürsorge für Verpflegung, Wohnung und andere Lebensbedürfnisse der Arbeiterschaft.

Frau Krupskaja die Witwe Lenins, hob ihrerseits hervor, daß endlich das Darniederliegen der Qualität der Sowjetproduktion bekämpft werden müsse. Am häufigsten fehlten die Arbeiter jedoch zurück zur Frage über die katastrophale Werkflucht. Der Delegierte Krawall beispielsweise sagte: Auf unseren Neubauten erreicht die Fluktuation ungläubliche Ziffern. Wenn das Arbeitskommissariat an eine Stelle 5000 Arbeiter im Monat hinführt, steht in der gleichen Zeit etwa die gleiche Zahl vom Betrieb wieder los.

Die Schlußansprache des Vorsitzenden des Zentralerwaltungskomitees Kulinin bestätigte den Eindruck, daß die Organisation der Arbeitskräfte gegenwärtig einer der wichtigsten Sorgenpunkte der Sowjetwirtschaft ist. Kulinin polemisierte gegen die Arbeitsbestimmungen, welche diejenigen Maßnahmen, die die Sowjetregierung in dieser Richtung ergriffen haben, als Zwangsarbeit bezeichneten. Ferner leitete Kulinin dar, daß auch die Sowjetunion den Weg der Rationalisierung beschreiten müsse. Wo heute vier Arbeiter tätig sind, müsse künftig einer arbeiten. Nach der Rede Kulinins wurde der „Zit“ geschlossen.

Wie verhält sich Amerika?

Amliche Ablehnung der Vorschläge Wiggins.

II. New York, 13. Jan. Alle führenden Blätter berichten aus Washington, daß weder das Schahamt noch das Staatsdepartement auch nur im entferntesten daran dächten, ihre Haltung in der interalliierten Schuldenfrage zu ändern. Die Ausschüsse für die Schuldenherabsetzung seien gerade jetzt um so geringer als die Regierung jeden herkommenden Dollar benötige, wenn die in Angriff genommenen und noch geplanten Notstandsarbeiten in vollem Umfange durchgeführt werden sollten.

Die Äußerungen des Präsidenten des größten Bankinstituts der Welt, Albert Wiggins, zu den internationalen Schuldenfragen, die von allen revisionstrendlichen Auslassungen in der letzten Zeit wegen der prominenten Stellung des Verfassers vielleicht den stärksten Widerhall gefunden haben, begegnen dagegen in der Wall Street fast ungeteilter Zustimmung. Man erwartet sogar, daß in den kommenden Wochen und Monaten eine statische Reihe anderer hervorragender Finanz- und Wirtschaftsführer zugunsten der Herabsetzung der Reparationslasten und der interalliierten Schuldensahlungen rechnen werden. Auch Nicholas Murray Butler, der Rektor der Columbia-Universität, billigte uneingeschränkt die Gedankenansätze des Präsidenten der Chase National-Bank.

Im trüben Gegensatz hierzu stehen die Kommentare der Washingtoner Politiker. Von einigen Ausnahmen abgesehen, sprechen sich die einflussreichen Kongreßmittler kategorisch gegen eine Wiederaufrollung der Schuldenfrage aus. Senator Smoot der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senates, erklärte, daß die mit den ehemaligen Alliierten getroffenen Schuldenabmachungen keine Änderung erfahren dürften, da sie die bestmögliche Lösung darstellten. Senator Feh, der Vorsitzende des republikanischen National-

komitees, äußerte sich dahin, daß eine Herabsetzung der interalliierten Schulden unter den gegenwärtigen Umständen überaus unklar wäre. Lediglich der Senator King befürwortete die Einberufung einer internationalen Konferenz, die die Herabsetzung sämtlicher internationaler Schulden zum Ziele haben müßte. Die jetzige Lage Europas erfordere mehr als je gebietende Schritte in dieser Richtung.

Die „New York Times“ erinnert daran, daß schon Mellon vor einigen Jahren erklärt habe, ein wirtschaftlich gesundes Europa für Amerika wertvoller als die Einziehung sämtlicher Kriegsschulden. Gegenwärtig wollte jedoch, so erklärt das Blatt, weder der Kongreß noch die amerikanische Regierung diese Vinsenwahrheit erkennen. Die Frage der Herabsetzung der Kriegsschulden sei nicht erörterungswürdig. Die gesunde Mäßigkeit und Klarheit der Gedanken Wiggins werde sich durchsetzen, sobald wieder eine Herrschaft der Vernunft ausgerichtet sei. Die „New York World“ nennt den Wiggins-Bericht die schärfste Beurteilung der Washingtoner Verhandlungspolitik. Das „Journal of Commerce“ meint, daß geradezu unerklärliche Furchsamkeit die einschüchternden Politiker lähme, die Führung zu übernehmen und dem Volke die Wahrheit zu sagen.

Im Zusammenhang mit den immer lebhafter werdenden Erörterungen über die Revisionfrage verdient eine Erklärung des Unterstaatssekretärs im Schahamt D. G. Mills besonderes Interesse, wonach die gesamten inneren Kriegsschulden der Vereinigten Staaten, die sich im Jahre 1920 noch auf 24 Milliarden Dollar beliefen, voraussichtlich spätestens im Jahre 1949 bis auf den letzten Dollar getilgt sein würden. Am 30. Juni 1930 hätten die inneren Kriegsschulden 15,9 Milliarden Dollar betragen bei einer Durchschnittsverzinsung von 3,80 v. H. gegenüber 4,22 v. H. im Jahre 1920.

Unruhen in ganz Indien.

Feuergecht mit der Polizei / Zahlreiche Todesopfer und Verletzte.

II. London, 13. Jan. Wegen der Hinrichtung der vier indischen Freiheitskämpfer wurde in Bombay vom Nationalkongreß ein allgemeiner Trauertag angelegt. Kongreßfreiwillige zogen in die Straßen und warfen Steine auf die Schienen, bis der Verkehr völlig still stand. Bei den Zusammenstößen wurden sechs Menschen getötet und 150 verletzt, davon 25 schwer.

Der Stadtrat vertagte seine Sitzung zum Zeichen des Protestes. Der Polizeioberinspektor wurde von der Menge mit Hohnrufen empfangen und konnte sich nur mit Mühe in Sicherheit bringen. Sein Automobil wurde durch Steinwürfe beschädigt, drei andere Polizisten wurden verwundet, ihre Helme als Ehrung für die Hingeringelten abgenommen.

In Puna strömte eine ungeheure Menge an dem Gefängnis, in dem die Hinrichtung stattgefunden hatte. Die Polizei hatte jedoch vorfichtshalber die Zugangsstraßen abgesperrt. Weiterer Zuwachs verstärkte die Menge und sie ergoß sich auf die Polizei. So daß es hier zu Kämpfen kam. In der ganzen Stadt werden die Traueranordnungen scharf befolgt.

In Scholapur, der Heimatstadt der Hingeringelten, traten sofort alle Baumwollarbeiter in der Stadt auf und die gesamte Bevölkerung legte Trauer an. Die Behörden verbotene alle Zusammenkünfte auf die Dauer von 12 Tagen. Ähnliche Maßnahmen mußten in dem Belgau-Bezirk getroffen werden.

In Karatschi dauerten die Unruhen acht Stunden lang. Bei weiteren Unruhen in Puna wurden 60 Personen verletzt. In der Nähe einer Polizeistation im Norden von Bom-

bay explodierte eine Bombe. Personen kamen nicht zu Schaden. In Kalkanur befreite die Menge zwei Gefangene aus dem Gefängnis der Polizei. Die Polizisten gaben Feuer. Bei dem Zusammenstoß wurden acht Polizeibeamte verletzt. Die Zahl der Opfer unter den Eingeborenen ist unbekannt.

Schweres Flugzeugunglück in England.

Drei Tote, zwei Schwerverletzte.

II. London, 13. Jan. Am Montag ist bereits zum drittenmal in diesem Jahre ein Flugzeug der britischen Luftstreitkräfte abgestürzt. Drei Maschinen des 29. Fluggeschwaders flogen über North Weald in der Grafschaft Essex in geringer Höhe dicht nebeneinander und senkten sich zum Gruß, als plötzlich der Flügel der einen Maschine das Steuer der anderen beührte, die darauf abstürzte und sich knapp neben dem Offiziersgebäude in den Boden grub. Der Führer und zwei Offiziere wurden auf der Stelle getötet. Ein Mechaniker erlitt erhebliche Verletzungen. Die Leichen waren in die Maschine eingeklemmt, daß es unmöglich war, sie noch lebend nach zu befreien.

Das zweite Flugzeug, das in der Nähe landete, wurde ebenfalls beschädigt. Einer der Insassen wurde schwer verletzt. Er mußte etwa 20 Kilometer weit zum Krankenhaus getragen werden. Die dritte Maschine kam unbeschädigt davon.

Die Flieger hätten offenbar bei Einbruch der Dunkelheit die Richtung verloren. Die Landung wurde durch dichten Nebel erschwert.

Voc der Aufhebung der Sklaverei in Liberia.



Die Vereinigten Staaten haben an die Regierung der Negerrepublik Liberia eine Note gerichtet, in der sie auf das schärfste die Aufhebung der Sklaverei fordern, widrigenfalls sie mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen. In Verfolg dieses Schrittes ist der Präsident von Liberia, Dunbar Burges King, zurückgetreten.

Synchjustiz in Amerika.

* Berlin, 13. Jan. (Zuspruch.) Ein Fall von Synchjustiz hat sich nach einer Meldung Berliner Blätter aus New York in Maryville (Missouri) ereignet. Ein 19-jähriger Neger, der als Lehrer in der Gemeinde angestellt war, soll sich angeblich an einer Schülerin vergangen und sie später im Schulzimmer ermordet haben. Auf die Erzählung einer anderen Schülerin ergriß die Menge den Neger und hand ihn mit dem Kopf abwärts ans Dach, soß Benzin über das Gebäude, sündete es an. Der Neger und das Schulgebäude verbrannten vollständig.

Einigungsversuche im englischen Streik.

H. London, 13. Jan. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Während der Weberstreik in Burnley andauert und die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung der gesamten Baumwollindustrie näherdrückt, hat sich die Regierung jetzt zu einem unmittelbaren Versuch entschlossen. Sie hat nämlich an die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter die Einladung zu einer Zusammenkunft unter dem Vorbehalt des Arbeitsministeriums ergoßen lassen. Die Einladung ist bisher von keiner Seite angenommen worden. Zwei hohe Beamte des Ministeriums haben sich heute nach Lancashire begeben.

Die neue Offizile.

m. Berlin, 13. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Gesetzentwurf über die Offizile der am 1. März in einer Resorptionsbesprechung mit den Vertretern Preussens festgestellt worden ist, dürfte sehr wahrscheinlich noch zahlreiche Änderungen enthalten. Man nimmt an, daß er nur eine Diskussionsgrundlage für die Beratungen im Kabinett abgeben wird, daß der ganze Entwurf in wesentlichen Teilen verändert werden wird. Welche Geldmittel für die Offizile erforderlich sind, läßt sich vorläufig noch nicht sagen. Vor Weihnachten sprach man von 200 Millionen. Dieser Betrag ist aber bereits überholt, da der Kanzler zu erkennen gegeben hat, daß mit kleinen Hilfsmaßnahmen nicht gearbeitet, sondern eine großzügige Aktion in die Wege geleitet werden soll.

Keine Aufhebung der Reichsbannergruppe Gera.

* Berlin, 12. Jan. (Zuspruch.) Das Reichsinnenministerium hat nunmehr über den Antrag der thüringischen Regierung auf Aufhebung der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Gera entschieden.

Amtllich wird hierüber mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat nach eingehender Prüfung den Tatbestand des Reichsgesetzes vom 1. März 1921 zur Durchführung der Artikel 177 bis 178 des Reichsvertrages durch die Betätigung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht als erfüllt an und hat sich dementsprechend nicht entschließen können, dem thüringischen Ministerium des Innern ihre Zustimmung zur Aufhebung dieser Ortsgruppe zu erteilen.“

Die Entscheidung ist dem thüringischen Staatsminister bereits zugegangen. Wie zuverlässig verlautet, hat Staatsminister Dr. Fritsch dem ihm der ablehnende Standpunkt des Reichsinnenministeriums im Falle der beantragten Auflösung der Reichsbanner-Ortsgruppe Gera bekannt wurde, an den Reichsinnenminister eine Gegenvorstellung gerichtet. In ihr wird der Reichsinnenminister gebittet, welcher Unterchied zwischen der jetzt vom Reichsinnenministerium als nicht verfassungsmäßig angesehenen Ortsgruppe Gera und der Reichsbannergruppe Gera zu erkennen gegeben hat, daß mit kleinen Hilfsmaßnahmen nicht gearbeitet, sondern eine großzügige Aktion in die Wege geleitet werden soll.

Die Stuhlverstopfung.

Von Dr. med. Kanelis, Berlin. Bei Stuhlverstopfung und Hartleibigkeit wird der Leib durch häufige Anwendung Abführmittel im Darm gelockert und verflüssigt. Man tut sich unbedachtlich und leidet unter dem Gebrauch von Salze und Arzneystoffen. Manoranz Enantheinon, welches man am zweckmäßigsten durch Abhilfe, daß man durch einen erzieht Stuhlverstopfung ein pflanzliches Abführmittel anwendet, die mild und zuverlässig abführenden Abführer Richard's Stuhlverstopfung sind die man in allen Apotheken erhält. Man nimmt sie die Pillen abends vor dem Schlafengehen ein. Die Wirkung erfolgt dann am nächsten Morgen, ohne daß die Nachtruhe wird.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 13. Januar 1931.

Fasching oder nicht?

In besseren, sorgloseren Zeiten pflegte nach dem Dreikönigstag der Fasching seinen Anfang zu nehmen. Neuer ist angefangen der Fasching in einigen Tagen wird das Regiment des Prinzen Karneval durch Veranstaltungen sichtbar werden.

Man hat überhaupt die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob abseits von Fasching nicht besser alle größeren Faschingsveranstaltungen aus dem Land der Arbeitlosigkeit, die uns wirklich keinen Anlaß zur Freude und zum Uebermut gebe und schlägt vor, man solle das für Faschingsarbeiten vorgegebene Geld wohlthätigen Zwecken zuführen.

Man sieht, die Angelegenheit hat zwei Seiten: eine, die sich auf wirtschaftliche Erwägungen stützt. Die Entscheidung wird, wie immer, so auch hier in der Mitte liegen. Es ist selbstverständlich, daß jeder kein übermütiges und ausgelassenes Faschingsstreben kommen, da ja die Zahl derer, die Faschingsfreuden nicht entbehren können, in diesem Jahre zusammengefallen ist.

Man sieht, die Angelegenheit hat zwei Seiten: eine, die sich auf wirtschaftliche Erwägungen stützt. Die Entscheidung wird, wie immer, so auch hier in der Mitte liegen.

In Karlsruhe werden wir ähnlich wie in allen anderen Städten neul haben. In der Festhalle, um die sich in früheren Jahren die gesamte Karnevalzeit faum ein halbes Duzend Veranstaltungen als geföhrt bezeichnet werden können.

Im Borort Grünwäld, Ecke Zepelin und Dammersheimer Straße fuhr ein Motorradfahrer, der im letzten Jahr die Richtung Karlsruher Markt, gegen ein Verkehrsschild, das ihn zum Krankenhaus überführt werden mußte.

Im Borort Grünwäld, Ecke Zepelin und Dammersheimer Straße fuhr ein Motorradfahrer, der im letzten Jahr die Richtung Karlsruher Markt, gegen ein Verkehrsschild, das ihn zum Krankenhaus überführt werden mußte.

Im Borort Grünwäld, Ecke Zepelin und Dammersheimer Straße fuhr ein Motorradfahrer, der im letzten Jahr die Richtung Karlsruher Markt, gegen ein Verkehrsschild, das ihn zum Krankenhaus überführt werden mußte.

Im Borort Grünwäld, Ecke Zepelin und Dammersheimer Straße fuhr ein Motorradfahrer, der im letzten Jahr die Richtung Karlsruher Markt, gegen ein Verkehrsschild, das ihn zum Krankenhaus überführt werden mußte.

Im Borort Grünwäld, Ecke Zepelin und Dammersheimer Straße fuhr ein Motorradfahrer, der im letzten Jahr die Richtung Karlsruher Markt, gegen ein Verkehrsschild, das ihn zum Krankenhaus überführt werden mußte.

Protest der Milchlieferanten gegen die Stadt. Milchzentrale Karlsruhe.

Vorstand und Aufsichtsrat der Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung, e. G. m. b. H., befaßten sich in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit der Frage der Milchlieferung der Stadt Karlsruhe und haben einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Vorstand und Aufsichtsrat müssen mit Bedauern feststellen, daß trotz ihrer wiederholten Forderung der Abtöhung der Fernmilch die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe einen erheblichen Teil ihrer Gesamtmilchmenge aus württembergischen Bezugsgebieten und vom hohen Schwarzwald — aus Entfernungen von über 100 Km. — und aus Gebieten, die mit der Stadt Karlsruhe in gar keinem wirtschaftlichen Verkehr stehen, hereinnimmt.“

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung, die alle Liefergemeinden der Stadt Karlsruhe umfaßt, ist nicht gewillt, zuzusehen, daß die von ihren Mitgliedern erzeugte Milch zu Gunsten dieser Fernmilch entweder nicht abgenommen oder zu ihren Lasten verarbeitet wird.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen aus jedes Anstehen, zu einer Preisreduktion der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Erheblicher Rückgang des Branntweinkonsums.

Nach einer Veröffentlichung des „Reichsanzeigers“ hat im letzten Jahrgang Deutschland die Hälfte weniger an Trinktbranntwein verbraucht, als im Vorjahre. In der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis zum 30. September 1930 ist Trinktbranntwein in Höhe von 356 000 Hektolitern in Deutschland vertrunken worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 624 000 abgesetzt worden sind.

Eine genauere Betrachtung der Vorkriegs- und Nachkriegsstatistik vermittelt folgendes Bild: In den ersten Jahren des Jahrhunderts schwankt der Verbrauch von Trinktbranntwein zwischen 2,3 und 2,7 Mill. Hektolitern. Dann ist infolge einer Steuererhöhung im J. 1909/10 ein starker Rückgang zu verzeichnen. Der Verbrauch sinkt auf 1,8 Millionen, um sich in den folgenden Jahren etwa bei 1,9 Millionen zu halten und im letzten Vorkriegsjahr auf etwa 1,7 Millionen zurückzugehen.

In der ersten Zeit nach dem Kriege wird dann, besonders wegen Mangels an Kartoffeln, verhältnismäßig wenig Branntwein hergestellt. Stark schwankend ist der Verbrauch während der Inflation, nachdem kurz vor Beendigung des Krieges das Reichsbranntweinmonopol geschaffen wurde. Der stärkste Verbrauch ist im Jahre 1921/22 mit fast 1,1 Millionen zu verzeichnen, was jedoch bereits erheblich hinter dem niedrigsten Vorkriegsverbrauch zurückbleibt.

Unter einem heimatlischen, im Kerzenglanz erstrahlenden Schwarzwaldbäumenbaum hatten sich die Mitglieder des hiesigen Karlsruher Vereins am Samstag, 13. Januar, im untern Saal des Hotel „König“ versammelt, um gemeinsam als große Festschmiede die es fest zu begehen.

Am Sonntag nachmittag fand sodann unter Wiederholung des Weihnachtsspiels „Erdenleid und Weihnachtsfreud“ eine Feyer für die Karlsruher Kinder statt, wozu die Damen des Vereins den Kuchen stifteten.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt. Ein sehr interessantes Programm kam schlagfertig zur Abwechslung und festliche von Anfang bis Ende die Besucherzahl. Die hiesige Wore widmete der Festredner, 1. Vorsitzende Karl König, dem Feste. Er gedachte des schönen Schwabenlandes und forderte zum allgemeinen landsmännlichen Zusammenhalt auf.

Die von der Sängereileitung des Vereins sehr eindrucksvoll vorgetragenen Männerchöre vollendeten die weihnachtliche Feststimmung und reicher Beifall belohnte ihren tüchtigen Chorleiter Herrn Chr. Fajfel. Es muß hier anerkannt werden, daß er es meisterhaft verstanden hat, aus kleinen Anfängen seine Sängerkörperschaft zu einer Leistung heranzubilden und zusammenzuführen.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Weihnachtsfeier des Vereins der Württemberger Karlsruhe war ein großer Erfolg für den Verein. Der festlich geschmückte Saal des Kühlen Kruges war bis auf den letzten Platz besetzt.

Hauptpflege im Januar. Advertisement for skin care products.

Advertisement for skin care products, mentioning 'CREME MOUSON'.

Advertisement for 'CREME MOUSON' skin care products.

Large advertisement for 'CREME MOUSON' skin care products, featuring the brand name in large letters.

